

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Oktober 2015

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- [Mut zur Ethik: Manifest für Europa](#)
- [IMI-Aktuell 2015/22: BVerfG: Parlamentsvorbehalt](#)
- [Gerald Oberansmayr: Syrien: "Wir haben das verursacht"](#)
- [Hartmut Leinweber: Die wahren Ursachen der Flüchtlingskrise](#)
- [Interview mit Karin Leukefeld: Die Perfidie ist, dass diese Fluchtbewegungen politisch instrumentalisiert werden](#)
- [Angelika Gutsche: Krieg und Flucht in Syrien](#)
- [Georges Corm und Gabriel Galice: Die Lösung der syrischen Krise, ein wichtiger Schritt zu einer multipolaren Welt](#)
- [Claudia Roberz: Dreigliedriges Schulsystem wird beibehalten](#)
- [Wahrheitskommission für die Staatsverschuldung - Sonderkommission des griechischen Parlaments; Erster Bericht, Juni 2015](#)
- [Simon Zeise: Viertelmillion gegen TTIP](#)

Zitat des Monats von [Allgemeine Erklärung der Menschenrechte Artikel 1:](#)

**Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.
Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und
sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.**

- Mut zur Ethik: **Manifest für Europa**

Die wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Entwicklung Europas entfernt sich immer weiter von dem, was sich die Menschen, nicht nur in Europa, nach dem Zweiten Weltkrieg erhofft haben: [nie wieder Krieg und Diktatur](#), nie wieder koloniale Machtausübung und Ausbeutung; vielmehr Völkerverständigung und Völkerversöhnung, wirtschaftlicher Wiederaufbau und soziale Gerechtigkeit – ein Leben in politischer Freiheit, kultureller Vielfalt und rechtsstaatlicher Demokratie. Bürger Europas fordern daher das Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Bildung, den Schutz der Familie und der Privatsphäre, das Selbstbestimmungsrecht der Staaten zu achten. Bürger Europas fordern nicht preiszugeben, was als Recht anerkannt worden ist und was als Recht gilt, nämlich die Beachtung von Artikel 1 der UN-Charta der Menschenrechte: [siehe Zitat des Monats](#).

[Inhalt](#) ↑

- IMI-Aktuell 2015/22: **BVerfG: Parlamentsvorbehalt**

Das Bundesverfassungsgericht BVerfG hat ein verwirrendes Urteil zu dem im Vorfeld als humanitäre Operation dargestellten Bundeswehreinsatz 'Pegasus' in Libyen gesprochen. Mit diesem Einsatz sollten deutsche und andere westliche Staatsbürger gerettet werden. Angeblich war Gefahr im Verzug, daher wurde der Bundestag nicht gefragt. Der Einsatz war mit der Führung der Aufständischen aber nicht mit der amtierenden Regierung Libyens abgesprochen. Die Grünen wollten die Zustimmung des Bundestages zu dem abgeschlossenen Einsatz einklagen. Lt. BVerfG soll es sich dabei zwar um einen grundsätzlich zustimmungspflichtigen und nicht humanitären Einsatz gehalten haben, aber [eine nachträgliche Zustimmung des Bundestages komme nicht in Betracht](#) bzw. sei unerheblich, da der Bundestag das Regierungshandeln nachträglich zwar kontrollieren aber nicht als unrechtmäßig einstufen könne. Der Bundestag sei daher nur unverzüglich schriftlich und qualifiziert zu unterrichten.

Nach [Meinung des rechtspolitischen Korrespondenten der Tageszeitung taz, Christian Rath](#), kann man das [Urteil](#) generell als Freibrief für geheime Operationen der Bundeswehr interpretieren: "Damit hat Karlsruhe für heimliche Kommandoaktionen der Bundeswehr den Parlamentsvorbehalt faktisch ausgehebelt. Denn solche Aktionen können naturgemäß nicht vorab diskutiert werden. ..."

[Inhalt](#) ↑

- Gerald Oberansmayr: **Syrien: "Wir haben das verursacht"**

Die jüngsten Äußerungen des finnischen Friedensnobelpreisträgers und ehemaligen Vermittlers im UN-Sicherheitsrat Martti Ahtisaari im britischen 'Guardian' enthüllen, dass die westlichen Großmächte im Jahr 2012 [ein "Fenster der Gelegenheit" für ein Ende des Krieges in Syrien zugeschlagen](#) haben. Stattdessen haben sie viel getan, um den Konflikt eskalieren zu lassen, wohl wissend, dass die von ihnen unterstützte syrische Opposition von islamistischen Fundamentalisten dominiert wird. Seither sind eine Viertel Million Menschen in diesem Krieg ums Leben gekommen und Millionen mussten flüchten. Alle EU-Länder (nicht nur Österreich) haben sich durch Unterordnung unter diese Kriegspolitik im Rahmen des "Europäischen Auswärtigen Dienstes" an diesem Verbrechen mitschuldig gemacht.

[Inhalt](#) ↑

- Hartmut Leinweber: **Die wahren Ursachen der Flüchtlingskrise**

[Fast alle Flüchtlinge kommen aus gescheiterten Staaten](#). Dafür gibt es politische und ökonomische Gründe. Der Westen hat mit seiner Politik nach 2001 im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika viele "Failed States" geschaffen, ohne einen Ausweg zu haben. Aus gescheiterten Staaten, die sich zudem im Krieg befinden, werden Flüchtlinge so lange strömen, bis keine mehr da sind.

Zudem geht der Autor auf die gescheiterte Entwicklungspolitik des Westens seit den 1980er Jahren ein. Er beschreibt, warum die Freihandelszwänge das Gedeihen der bisher unterentwickelten Länder nicht zulassen und führt dafür Beispiele an, wie über solche Zwänge den betroffenen Staaten die Lebensgrundlage genommen bzw. nicht zugestanden wird. Und er macht darauf aufmerksam, dass alle heute erfolgreichen Industriestaaten nur durch Staatssubventionen und Protektionismus (Zölle) gegen technologisch weiter entwickelte Länder ihre heutige Stärke erreicht haben.

● Interview mit Karin Leukefeld: **Die Perfidie ist, dass diese Fluchtbewegungen politisch instrumentalisiert werden**

In Syrien findet lt. Korrespondentin Karin Leukefeld ein Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg statt, der zunehmend zum Exitus des syrischen Staates führe, die Bevölkerung in den Hungertod treibe und [bereits 11 Millionen Syrer auf der Flucht seien](#). Davon sind 4 Millionen in Nachbarstaaten geflohen, die anderen 7 Millionen sind innerhalb Syriens auf der Flucht. Die wirtschaftlichen Zentren Syriens sind weitgehend und bewusst durch die für den Umsturz kämpfenden Kräfte zerstört, die nationale Ökonomie wurde zu einer Kriegsökonomie, und die Wirtschaftskraft ist fast auf die von Somalia abgesackt. Die EU-Sanktionen machen Importe (z.B. Medikamente) extrem teuer. Während sich Russland und Iran an völkerrechtlich bindende Verträge halten, geht es bei den Sponsoren der Kämpfer um den eigenen Vorteil.

Ein Interview, in dem Frau Leukefeld eine *sehr lesenswerte Kombination von Bericht und Analyse zu Syrien (Red.)* und dem Nahen Osten abgibt. Sie rät dringend, dass sich die USA und Russland auf ein gemeinsames Vorgehen zu Stabilisierung Syriens und des Iraks einigen und die syrische Regierung und Streitkräfte ebenso wie die Regierung und Armee des Iraks einbeziehen.

In zwei weiteren Artikeln berichtet Karin Leukefeld darüber, [was der Krieg für die Menschen in Damaskus bedeutet](#) und [welche Gedanken sich die Menschen in Damaskus und Beirut machen](#), die einerseits nach Europa drängen, aber am liebsten in ihrer Heimat bleiben würden, wenn morgen Frieden käme.

[Inhalt](#) ↑

● Angelika Gutsche: **Krieg und Flucht in Syrien**

Dieser Blog-Beitrag vom 08.10.2015 geht den Fragen nach, warum die USA und die Türkei die syrische Regierung stürzen wollen und welche Rolle Russland mittlerweile auch auf der diplomatischen Ebene einnimmt. Für die Europäer interessant ist, dass Erdogan verhindern will, dass es den beachtlich erfolgreichen Kurden gelingt, zwei kurdische Gebiete vereinen zu können und somit die dortige Grenze zu Syrien unter ihre Kontrolle zu bringen. Um dies zu verhindern, will Erdogan eine "[Sicherheitszone für syrische Flüchtlinge](#)" zwischen den beiden kurdischen Teilen einrichten. Nur so kann er weiterhin den Nachschub für den IS sicherstellen. Durch Russlands Eingreifen ist an eine solche völkerrechtswidrige Sicherheitszone auf syrischem Gebiet an der Grenze zur Türkei ohne fremde Hilfe kaum mehr zu denken. Zudem rückt ein autonomer kurdischer Staat näher.

Gutsche fragt sich, ob die Türkei in dieser Situation die Sicherung ihrer Seegrenzen nicht komplett einstellte und alle Flüchtlinge unkontrolliert über den See- und Landweg nach Griechenland passieren ließ, um die EU dazu zu bringen, solch einer Sicherheitszone doch noch zuzustimmen.

In den jüngsten Verhandlungen der Türkei mit der EU über eine Wiederaufnahme der Überwachung ihrer Grenzen zu Griechenland werden jetzt Visa-Freiheit für Türken und die Anerkennung der Türkei als sicheres Herkunftsland ins Gespräch gebracht. Hierzu sind auch das [Interview von Elmar Brok im Deutschlandfunk](#) als auch die [Phoenix-Diskussion mit Wolfgang Gehrke und Harald Kujat](#) (0h43 oder [14min](#)) erhellend.

Man fragt sich, ob die Türkei und evtl. auch die hinter ihr stehenden USA die von ihnen mit zu verantwortende Flüchtlingsflut nach Europa nutzen wollen, die Mitgliedschaft der Türkei in der EU zu erzwingen - und ob die EU und Deutschland durch die Kürzung der Mittel für Nahrungsmittel-Programme in den Flüchtlingslagern um Syrien herum hier mitspielen (Red.).

[Inhalt](#) ↑

● Georges Corm und Gabriel Galice: **Die Lösung der syrischen Krise, ein wichtiger Schritt zu einer multipolaren Welt**

In ihrem Bericht stellen die beiden Autoren fest, dass [Syrien heute das Feld einer größeren und sehr heftig geführten Auseinandersetzung](#) zwischen den Staaten mit imperialer Tendenz und den regional ausgerichteten Staaten ist. Sie nennen zwei Faktoren, die die weitere Durchsetzung der Pläne in Syrien für die USA und die alliierten europäischen Staaten erschweren. Das syrische Regime ist immer noch im Amt und es gibt moderate Kräfte innerhalb der imperialen Staaten, die

aus den Misserfolgen oder den Resultaten von oft katastrophalen bewaffneten Interventionen gelernt haben.

Russland wünscht sich für Syrien eine gemeinsame militärische Antwort gegen den IS und erste Schritte für eine mit den USA abgesprochene diplomatische Lösung. Es stellt sich die Frage, ob wir bereit sind, von einer westlich dominierten unipolaren Welt zu einer multipolaren Welt zu wechseln, in der auch Länder wie Russland, China oder Iran ihren Platz haben.

[Inhalt](#) ↑

- **Claudia Roberz: Dreigliedriges Schulsystem wird beibehalten**

In Nordrhein-Westfalen ist die rot-grüne Landesregierung seit längerem dabei, ein Einheitschulsystem zu installieren und *unabhängig von pädagogischen Einsichten oder auch vom Elternwillen (Red.)*, das gegliederte Schulsystem abzubauen. An vielen Stellen gibt es Widerstand dagegen, mit mehr oder weniger Erfolg. In drei Städten in der Voreifel/Eifel, in Ertstadt, Zülrich und Schleiden haben sich Bürgerinitiativen dagegen gebildet, dass bestehende Schulzentren, Haupt- und Realschule, geschlossen und jeweils eine Gesamtschule gegründet werden sollte. Einige sehr engagierte Bürger und Eltern haben in diesen Städten Bürgerentscheide initiiert, zur Abstimmung aufgerufen und mit großem Einsatz für den Erhalt der bestehenden Schulen geworben.

In Zülrich war die Abstimmung erfolgreich, das Quorum wurde überschritten und eine [große Mehrheit hat für den Erhalt der Haupt- und Realschule gegen die Errichtung einer Gesamtschule gestimmt](#). Das Ergebnis ([nach Stimmbezirken](#)) ist zumindest für zwei Jahre verbindlich.

In Ertstadt wurde das Quorum um 110 Stimmen verfehlt. Die große Mehrheit der beteiligten Bürger hatte jedoch für den Erhalt der bestehenden Schulen gestimmt. Deshalb hat der Rat der Stadt beschlossen, dem Bürgerwillen zu folgen und das Ergebnis trotz der fehlenden Stimmen anzuerkennen. Hier ist der Schulbestand für die nächsten fünf Jahre gesichert. [Über das Ereignis berichtet](#) auch die führende Tageszeitung der benachbarten Großstadt Köln.

[Auch in Schleiden ist es den Bürgern durch ein erfolgreiches Begehren gelungen](#), den Stadtrat davon zu überzeugen, die Realschule und das Gymnasium zu erhalten.

Es lohnt sich, initiativ zu werden. Manchmal beachten die Politiker den Bürgerwillen, wenn er sich deutlich genug äußert. Zwei der ursprünglichen Links stehen nicht mehr zur Verfügung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Wahrheitskommission für die Staatsverschuldung** - Sonderkommission des griechischen Parlaments; Erster Bericht, Juni 2015

Die vom griechischen Parlament im April 2015 eingesetzte Wahrheitskommission für die Staatsverschuldung widerlegt die Behauptung, dass die Griechenland auferlegten Maßnahmen seine Fähigkeit zur Schuldentilgung verbessern würden. Die von der Kommission vorgelegten Beweise zeigen, dass Griechenland nicht nur nicht in der Lage ist, die Schulden zu tilgen, sondern das auch nicht tun sollte, und zwar hauptsächlich, weil die aus den Abkommen mit der Troika hervorgegangenen Schulden eine eindeutige Verletzung der grundlegenden Menschenrechte der Bürgerinnen und Bürger Griechenlands darstellen. Deshalb kommt die Kommission zu dem Schluss, dass [Griechenland diese Schulden nicht zurückzahlen sollte, weil sie illegal, illegitim und verabscheuungswürdig sind](#). Das war den Gläubigern, griechischen Behörden und Medien von Anfang an bekannt, aber diese hintertrieben 2010 eine Umstrukturierung der Schulden, um die Finanzinstitute zu schützen. Seitdem hat Griechenland keine finanzielle Eigenständigkeit mehr.

[Inhalt](#) ↑

- **Simon Zeise: Viertelmillion gegen TTIP**

Haben die Veranstalter der Demonstration "Stopp TTIP und CETA – für einen gerechten Welt-handel" noch mit etwa 50'000 Teilnehmern gerechnet, demonstrierten nach ihren Angaben am 10.10.2015 schließlich etwa [250'000 gegen die geplanten Handelsabkommen zwischen der EU und den USA \(TTIP\) sowie Kanada \(CETA\)](#). Außerdem haben bereits über drei Millionen Menschen aus ganz Europa den Aufruf gegen das Vorhaben unterschrieben. Auf der Demo wies der Präsident der kanadischen Gewerkschaft der Angestellten im öffentlichen Dienst darauf hin, dass das Handelsabkommen zwischen den USA und Kanada bisher 650'000 kanadischen und einer Million US-amerikanischen Arbeitern den Job gekostet habe. Bernd Riexinger, Vorsitzender bei

den Linken, wies darauf hin, dass in TTIP und CETA Passagen vorgesehen seien, nach denen einmal privatisierte Leistungen des Staates nicht mehr rekommunalisiert werden können. Thilo Bode, Geschäftsführer von Foodwatch, sagte, dass die Schiedsgerichte ein Frontalangriff auf die Demokratie seien.

Der Bundesvorstandssprecher von 'Mehr Demokratie, Michael Efler, forderte auf der Kundgebung, [dass endlich auch auf Bundesebene Volksabstimmungen zugelassen werden](#), um Verhandlungen hinter verschlossenen Türen mit nicht von den Bürgern mitgetragenen Inhalten zu unterbinden.

Im Vorfeld der Demo wurde z.B. vom BDI und von Medien versucht, die Demonstranten als schlecht informiert darzustellen und ihnen Panikmache oder Antiamerikanismus vorzuwerfen. Dies griff der Chef des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Ulrich Schneider, auf und rief: "[Ich habe selten erlebt, dass ein so großes Bündnis so übel diffamiert wurde.](#)"

Parallel zur Großdemonstration gegen TTIP hatte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in fünf überregionalen Tageszeitungen [Anzeigen gegen die Protestaktion schalten lassen](#) – und dafür 235'794 Euro Steuergelder ausgegeben.

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.